

Berliner Tageblatt

Für unvollständig eingehende Korrekturen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Carl-Neubauer-Verlag in Berlin
Gründ. und Verlag von Rudolf Steiner in Berlin.

und Handels-Zeitung

Lloyd George über die Friedensprobleme.

Rede des englischen Premierministers im Unterhause.

London, 19. Dezember. (Draht.)

Im Unterhause gab Lloyd George eine Erklärung ab, in der er ausführte, daß es für das gute Einvernehmen zwischen den Nationen und den Frieden gefährlich werde, wenn alle Verhandlungen hauptsächlich der politischen Probleme, die sich auf Stimmungen beziehen, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden. Die italienische Regierung handelt nach bestem Wissen und Gewissen, aber sie ist die größte Schwächenhaftigkeit gegenüber, und ein solch ausgelegtes Wort der Vereinigten Staaten, Englands oder Frankreichs könne Verwirrungen hervorrufen, es wäre jedoch unruhig, wenn nicht sich zu Klären zu begeben würde, ohne mit den entsprechenden Vollmachten ausgerüstet zu sein. Hinsichtlich des englisch-französischen Übereinkommens erklärte Lloyd George, daß es unmöglich sei, die Frage von dem Standpunkt zu betrachten, als ob die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag nicht ratifizieren würden. England hat eine solche Möglichkeit nie ins Auge gefaßt, und es ist deshalb nicht gebunden durch die Annahme, daß der Zeitpunkt eintreten könnte, da die genannte Vermutung Wirklichkeit erde. Grundrichtig könne Großbritannien nicht allein eine solche Verpflichtung auf sich nehmen. Und wenn die Regierung sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen würde, in dieser Hinsicht einen Entschluß zu fassen, so würde sie sich an das Unterhause wenden. Lieber die russische Frage legte der Ministerpräsident, daß die Alliierten gegenüber Rußland eine zuwartende Politik verfolgen, und mit ihm Frieden schließen würden, sobald eine gesunde und richtige Regierung, die eine wirksame Vertretung des russischen Volkes bestände, eingeleitet wäre. Für Österreich hätten die Alliierten alles getan, was in ihren Kräften stand, um dessen verzweifelte Lage zu erleichtern. Sie könnten nichts weiter tun, es sei denn, daß die Vereinigten Staaten mit ihren Hilfsmitteln in dieser Angelegenheit Europa einen großen Teil der Last abnehmen würden. Die Unterzeichnung des Friedens mit der Türkei würde nur

deshalb hinausgeschoben, um den Vereinigten Staaten zu gestatten, ihren Entschluß zu treffen. Die Alliierten werden nun den Frieden so bald als möglich schließen. Sie werden in dieser Frage demütigst in London oder aus nächster Nähe, in Paris, die Verhandlungen, die seit ihrem Anfang in ausföhrlicher Weise geführt wurden, wieder aufnehmen. Wie auch die Beschlüsse, die die Vereinigten Staaten fassen werden, sein mögen, sei Großbritanien fest entschlossen, die Verwirklichung des Bundes zu einem guten Ende zu führen, weil dies im Aufrechterhalten der Weltordnung eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Vor einer Einigung zwischen Amerika und seinen Alliierten?

(Telegramm)
Saag, 19. Dezember. (W. I. B.)
Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Paris: In politischen Kreisen geht das Gerücht, daß Lloyd George im Einverständnis mit Clemenceau sich bereit erklärt habe, der Republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten in Bezug auf die Annahme einer gewissen Zahl von Vorbehalten zum Friedensvertrag Zugeständnisse zu machen. Mit Wilson, der seinen Widerstand aufgegeben habe, seien Verhandlungen eingeleitet worden. Eine Lösung werde in wenigen Tagen erwartet.

Paris, 18. Dezember. (W. I. B.)
Gestern nachmittag fand eine Sitzung der Wiedergutmachungskommission zur Behandlung der Kohlen- und Vorkriegsfragen statt, an welcher Vertreter der österreichischen, polnischen und österrösischen Regierung teilnahmen. Es wurde vereinbart, sofort Bemühungen zur Verbesserung der Kohlentransporte einzuleiten, und zur Festlegung der Einzelheiten am 22. Dezember eine Konferenz in Prag abzuhalten. Die Vertreter der beteiligten Regierungen geben ferner ihre Zustimmung zur Eröffnung einer Kommission in Wien unter allierter Leitung, welche die Verkehrsfragen zwischen den neuen Staaten regeln soll.

Konservativer Partikularismus.

Die Kundgebung für den Einheitsstaat.

Den (Wahrscheinlich) Bruno Stümke.

In der preussischen Landesversammlung hat der Antrag der Mehrheitspartei den Einheitsstaat zu lebhaften Debatten geführt, die erkennen lassen, daß man sich gern aus der Niedrigkeit der Tagespolitik mit ihren oft uninteressanten Einzelheiten in die freieren Höhen der großen Politik begibt. Das Angebot war wohl schön, daß man mit dem wichtigen Stoff so wenig anfangen mochte. Man blieb am Parteipolitischen kleben und traf eigentlich nirgends den Kern der Sache. Und wesentlich ist doch ohne Zweifel die Frage, ob die Zeit für eine Verwirklichung dieses Antrages bereits gekommen ist, ob man heute die Stimmung so weit vorgeschritten glaubt, daß die Annahme des Antrages auch schon zur praktischen Verwirklichung führen kann. Es scheint, daß man zu weitgehende Hoffnungen nicht hatte. Überwiegend war die bevorstehende große Ziel des deutschen politischen Denkens nicht, das große Ziel aber durch einen Antrag erreicht? Hunderte deutscher Geschichtsschreiber dagegen. Das schließt den besten aller Zeiten nicht geland, das wird auch von heute auf morgen den Mehrheitspartei durch einen Antrag nicht gelingen. Der deutsche Einheitsstaat geht durch lange Jahrhunderte als der einzige Gedanke, damit wir ohne beständige Beschränkung an dessen Verwirklichung alles Bemühen scheiterte. Dennoch ist es gut, daß sich die Männer gefunden haben, die mit wenig hatten, in diesem Wirrwarr der Zeiten und Dinge an die einzige Gedanke der Deutschen aus der Neuzeit zu erinnern. Wir wollen, die wir unser Vaterland lieben, immer und immer wieder die Geister wachrufen, daß sie Sorgen und Kräfte daran setzen, Deutschland zu einem Reich ohne Fremden zu machen, an dessen Verwirklichung alles Bemühen scheiterte. Neben der politischen Einigung auch die der Gedanken und Empfindungen zu erreichen. Wir sind uns dazu ein ideales Streben, dem wir nicht im Drange der Tagesgeschäfte auch die höheren Ziele nicht vergessen, so ist uns der Einheitsstaat auch notwendig, damit wir in Wahrheit politisch vorwärtskommen und uns nicht einseitig trennen von den politischen Bemühungen, die unserer nationalen Entwicklung hindernd im Wege stehen. Die Deutschnationalen haben in der Debatte über diesen Antrag wieder keinen Zweifel daran gelassen, daß sie über den Gedanken der Einheit den höchsten Gedanken stellen. Hierin, in dem alten Breiten liegen die höchsten Gedanken der Nation, hier haben sie die Schritte ihrer politischen Weltanschauung, die ohne dieses Breiten in sich zusammenstürzen würde. Der Konservatismus wäre in seiner Abhängigkeit ohne Preußen nicht denkbar, er ist mit Breußens Politik groß geworden und wurde aus fälschlicher Tatsachenerklärung heraus durch die Politik der preussischen Könige gehalten. Nachdem es Friedrich Wilhelm I. gelungen war, seine preussische Provinz zu stabilisieren, ihre Abhängigkeit zu brechen, haben diese die einzige Möglichkeit ihrer Existenz in einer engen Verbindung mit dem Königtum, die sie ehemals bestämpften. Seit dieser Zeit haben sie es verstanden, ihre Sache zu der Sache des Königs zu machen, und es trifft zu, wenn man die Behauptung aufstellt, daß die enge Verbindung des Königtums mit dem Zentrum der Nation Preußen immer mehr und mehr die Verbindung mit dem Volk, das die wirkende Kraft in einem Staate ist. Die Stützen von Thron und Altar haben sich als Zerbröckel erwiehen, indem sie sich zwischen Volk und Thron stellten, was schließlich zu einer Entfremdung führen mußte. Wenn heute Herr Berg die Rede von der preussischen Partei, die soziale Volkswirtschaft davon spricht, daß keine Partei die soziale Volkswirtschaft zu verstehen, er wird dann feststellen, daß ein solcher Gedanke niemals im alten Konservatismus zu finden war. Solch ein Sätzelspruch (um nichts anderes handelt es sich hier) ist erst in letzter Zeit von der Partei aufgenommen worden. Die Worte sozial und Volk waren einst in diesen Reihen verpönt, aber durch sie sieht die Partei ein, daß man der Zeit Tribut zahlen muß, und greift zu solchen Mitteln. Ein soziales Kaiserium, das von den Deutschnationalen geführt wird, würde keinen Bestand haben. Es kann keinen Bestand haben, und die Konservativen führen auch jenseit der Grenze nur im Grunde, nicht aber im Herzen, und können sie nur da, wo es sich, wie beim alten Rom, um ihre Sache handelt. Auch andere deutsche Parteien haben sich auf die konservativen verlassen und sind dabei betrogen worden. Wo blieb die Rede vom „anerkannten Fürstenhaus“, als Bismarck 1866 anerkannte? Als die Stützen von Thron und Altar Breußens Vormachtstellung gelöst waren, waren sie Reaktionskräfte, die in die neuen Verhältnisse zu scheitern, und die dem bürgerlichen Fortschritt den Weg zu hemmen wollten. Denn die bürgerlichen Fortschrittler mochten sich ihre Grenzen jenseit der Grenzen ziehen. Es ist mehr als eine grobe Täuschung, wenn sich diese Herren immer als Vertreter des Vaterlandes aufspielen. Sie opfern nichts für die Interessen Deutschlands, nichts für wirklich nationale Interessen. Ihre Politik ist partikularistisch, und muß es ihrem Ursprung nach bleiben, denn an der Parteipolitik fehlt ihnen die deutsche Nationalität und infolgedessen ihrer Natur nach zumutend. Der Widerstand, der heute von den benachteiligten Staaten gegen die Einheitsidee kommt, hat seine Haupt-

Die brennende irische Frage.

Lloyd Georges Gesetzentwurf zurückgezogen. Parlamentswahlen im Februar?

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Saag, 19. Dezember.
Lloyd George hat nunmehr auch den zum letzten Montag angefangenen Gesetzentwurf zur Regelung der irischen Frage zurückgezogen. Das wird aufgeführt als weiterer Beweis dafür, daß die gegenwärtige Regierungskonkordanz nicht mehr zu irgendwelcher politischen Arbeit fähig ist. Es scheint, daß die Unionisten ein Veto im letzten Augenblick einlegten, trotz der Versicherungen Lloyd Georges an die Liberalen in seiner Handlungssprache. Da außerdem das Kohlengesetz, das die Preise, die Unternehmern erlauben, die Regierungskredite usw. regeln sollte, ebenfalls fast zurückgezogen werden müssen, so ist das biennale Lloyd Georges in einer peinlichen Lage. Das Abgehen einiger Minister kann nur vorübergehend helfen. Es wird von einigen Seiten vermutet, daß die Ablegung der Verantwortung auf die irischen Abgeordneten zu führen würde, die mit der gegenwärtigen Regierung in Zusammenhang stehen. Gleichzeitige Parlamentswahlen im Februar werden nicht ausgeschlossen sein, doch die Entscheidung über die irische Frage ist die Entscheidung für eine Autonomie Irlands, die es den Dominionen gleichstellen würde, so darf, daß auch das weitgehende Gesetz Lloyd Georges nur auf den Widerstand eines großen und entschlossenen Teiles der Bevölkerung stehen würde.

Der Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courants“ macht darauf aufmerksam, daß das Parlament nicht etwa abermals geschlossen wurde, und zwar ungeachtet der vielen ungelösten und wichtigen Fragen, die ihm vorliegen. Der Korrespondent ist der Ansicht, daß die Regierung im Februar neue Wahlen machen will. Das würde mit den obigen Ausführungen übereinstimmen. Die Parteipolitik hat einen großen Fragebogenfeldzug für die Rationalisierung ins Werk gesetzt. Auch das weist auf Neuwahlen hin.

Die Engländer in Frankreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Saag, 19. Dezember.
Die Ermordung zweier englischer Krankenbeschwestern in Boulogne hat die mit zurückgekehrten Soldaten der ersten Linie in der Nähe der Grenze aufgefunden wurden. Letzt die allgemeine Aufmerksamkeit in England auf die erbitterte Stimmung der Einwohner von Boulogne gegen die Engländer. Es werden zahlreiche Hebergriffe und Vergehungen englischer Soldaten unter Hebergriffen wie „Englische Sitten“ aus den Boulogner Zeitungen angeführt und in der englischen Presse sehr belächelt. Die englischen Behörden weisen den Vorwürfen zurück, daß der Mord von englischen Soldaten verübt worden sei. Zusätzlich sind aber zwei spanische Soldaten verhaftet worden. Zusätzlich sind aber zwei spanische Soldaten verhaftet worden. Zusätzlich sind aber zwei spanische Soldaten verhaftet worden. Zusätzlich sind aber zwei spanische Soldaten verhaftet worden.

entspricht man sich in Frankreich doch zu der Überzeugung, daß der Aufenthalt fremder Truppen im fremden Land notwendig den Truppen auf die Dauer ebenso schädlich wie den Einwohnern.

Ernennungen im diplomatischen Dienst.

Der ehemalige baltische Finanzminister Reinbold dürfte, wie wir hören, den Vollen des Generalkonsuls in Zürich übernehmen. Dem früheren Generalkonsul in Shanghai, Knipping, ist die Leitung der konsularischen Vertretung in London übertragen worden. Herr Gaffel, Schlichter des Herrn v. Bismarck, ist nicht, wie von anderer Seite gemeldet wurde, zum Geschäftsträger in Rom, aber doch immerhin zum ersten Legationssekretär ernannt worden. Er soll, was richtig erscheint, in einiger Zeit den Konsulatsposten in einer italienischen Stadt erhalten. Vor dem Kriege war er Botschaftler in Genoa.

Die englische Vertretung in Berlin.

Ein Reuters-Telegramm aus London meldet: Der neue britische Geschäftsträger für Berlin, Lord Sarnham, verläßt England Anfang Januar. Auch diese Entsendung der letzten länger zurückliegenden Frage spricht dafür, daß die Güte mit den engländerischen Interessen des Friedensvertrages bis zum neuen Jahre diplomatisch. Lord Sarnham, ein jungeres Mitglied der englischen Fremdenliste, ist nachherweise nur zur vorübergehenden Wahrnehmung der britischen Vertretung in Berlin ausersehen. Es dürfte einige Zeit dauern, bis Klarheit darüber besteht, ob die Entsendung hier wieder Vertretungen im Range von Völkern erachtet. Als Kandidat für den Posten gelten in letzter Zeit namentlich Sir George Trevelyan, der bekannte Mitarbeiter Lord Strens, genannt worden.

Drohender Generalstreik der belgischen Bergarbeiter.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

W. Wesel, 19. Dezember.
Aus Brüssel wird gemeldet: Der am letzten Sonntag beschlossene Generalstreik der Bergarbeiter im Bezirk Charleroi nimmt seinen Fortgang und gewinnt an Umfang. Bis jetzt sind 92 Gruben mit 45 000 Arbeitern im Auslande. Wenn eine Einigung nicht erzielt wird, so wird der Landesausbruch der Bergarbeiter am 15. Januar den allgemeinen Ausbruch für das ganze Land anordnen.

Abbruch der Verhandlungen Litwinow-D'Grady.

(Telegramm)

Kopenhagen, 18. Dezember. (W. I. B.)
Die in Kopenhagen geführten Verhandlungen zwischen England und Sowjetrußland über die gegenseitige Ausweitung der Gefangenen sind heute nachmittag abgebrochen worden, ohne daß in den Hauptfragen eine Einigung erzielt worden wäre. Es sollen jedoch noch zwei Zusammenkünfte abgehalten werden, um die Einzelheiten der Zukunft an britische Gefangene, darunter eine gegenseitige Gleichsetzung hinsichtlich der Postverbindung zu regeln.